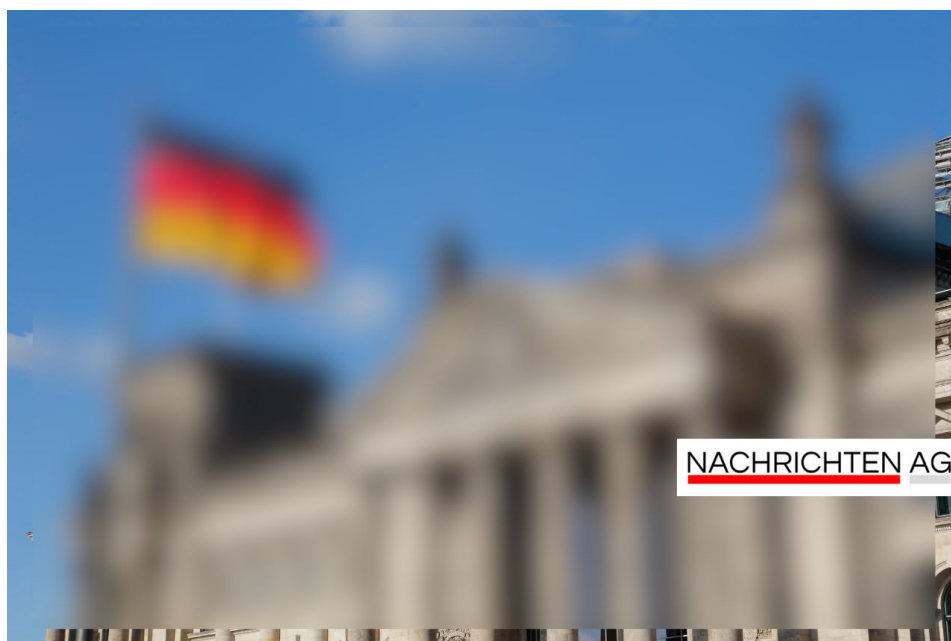


Krankenkassen in der Krise: Wer zahlt die steigenden Beiträge?

Bund der Krankenkassen fordert Reformen, um steigende Beiträge und Finanzprobleme zu bewältigen. Kritische Stimmen zur Lage der GKV.



Deutschland - Die finanzielle Lage der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Deutschland ist dramatisch. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen fordert von der neuen Bundesregierung ein Ausgabenmoratorium, um die wachsenden Finanzprobleme der GKV in den Griff zu bekommen. Der ehemalige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach übt scharfe Kritik am Versäumnis, das Gesundheitssystem nachhaltig zu modernisieren. Laut ihm sind tiefgreifende Strukturreformen unerlässlich, um die Finanzen der GKV langfristig zu stabilisieren. Diese Bedenken werden durch eine aktuelle Studie des Wissenschaftlichen Instituts der PKV (WIP) untermauert, die aufzeigt, dass insbesondere die jüngeren Generationen erheblich von geplanten Beitragssteigerungen

betroffen wären, sollte kein Handeln erfolgen.

Die prognostizierten Beitragssätze zur Sozialversicherung könnten bis 2035 auf 47,5 % und bis 2050 sogar auf 52,9 % steigen. Dies hat schwerwiegende Konsequenzen: Ein in 2020 geborener Junge könnte schätzungsweise 904.000 Euro an Sozialabgaben zahlen, während der Geburtsjahrgang von 1960 lediglich 640.000 Euro schulden würde. Diese Zahlen bringen den PKV-Verbandsdirektor Florian Reuther dazu, vor den Gefahren der steigenden Beitragssätze zu warnen, die nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährden, sondern auch den sozialen Zusammenhalt untergraben könnten.

GKV unter Druck: Steigende Zusatzbeiträge

Die Situation wird zusätzlich durch das Defizit der GKV, das für das Jahr 2024 auf rund sechs Milliarden Euro prognostiziert wird, verschärft. Die Zusatzbeiträge steigen auf ein Rekordniveau von 2,5 Prozentpunkten. Der Sozialverband VdK fordert in diesem Zusammenhang eine stärkere Finanzierung der GKV durch Steuermittel, um die drängenden Probleme anzugehen.

Gesundheitswissenschaftler Heinz Rothgang mahnt, dass die derzeitige Vorgehensweise lediglich kurzfristige Lösungen bietet, während umfassende Reformen für die Zukunft notwendig sind.

Der jährliche Bundeszuschuss für die GKV verbleibt seit 2017 bei 14,5 Milliarden Euro, ergänzt durch weitere Zuschüsse. Der Bund leistet zudem einen ergänzenden Zuschuss von zwei Milliarden Euro sowie ein zinsloses Darlehen von einer Milliarde Euro für 2023. Für 2024 wird der Bundeszuschuss erneut in der regulären Höhe bereitgestellt, was jedoch nicht ausreicht, um die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Dringender Reformbedarf in der Pflegeversicherung

Parallel zu den Herausforderungen der GKV steht auch die

Soziale Pflegeversicherung (SPV) unter erheblichem Anpassungsdruck. Angesichts des demografischen Wandels, der steigenden Inanspruchnahme von Pflegeleistungen und des Fachkräftemangels, ist ein dringender Bedarf an umfassenden Reformen erkennbar. Diese Reformen sind entscheidend, um das Vertrauen in die Pflegeversicherung zu sichern. Der GKV-Spitzenverband hebt hervor, dass eine vollständige Erstattung pandemiebedingter Mehrausgaben durch die Pflegekassen eine Entlastung bieten und helfen könnte, eine solide Reservebasis aufzubauen.

Um die Herausforderungen in der Pflege zu bewältigen, ist eine Beteiligung des Bundes notwendig. Auch der Aufbau eines Kapitalstocks aus Steuermitteln wird vorgeschlagen, um der Pflegeversicherung und der SPV langfristig finanzielle Stabilität zu verleihen. Darüber hinaus zeigt sich die Notwendigkeit, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, sowie die Ausbildung und die Personalausstattung den Anforderungen anzupassen.

Die regelmäßige Überprüfung und Dynamisierung der Leistungsbeträge der SPV ist ebenfalls von großer Bedeutung, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Zudem sind Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige unerlässlich, um in Zukunft der steigenden Zahl an pflegebedürftigen Personen gerecht zu werden.

Insgesamt verdeutlichen die aktuellen Erkenntnisse aus der Gesundheits- und Pflegepolitik, dass sowohl in der GKV als auch in der SPV akuter Reformbedarf besteht. Andernfalls ist mit gravierenden Konsequenzen für die Gesellschaft und das Gesundheitswesen zu rechnen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.infranken.de • www.gkv-spitzenverband.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de